

Änderungsantrag Nr.

TE014

Beantragt von

[Jan](#)

Programm

Wahlprogramm/Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Schlagworte Contra

Beantragte Änderungen

Das Thema "Verbraucherschutz" soll in das Bundesprogramm aufgenommen werden. Neben dem folgenden Textvorschlag könnten auch Elemente aus dem NRW-Programm verwendet werden.

Aufgrund berechtigten Kritik, dass der Text für ein Grundsatzprogramm zu konkret sei, habe ich einige Teile gestrichen. Nur die nicht gestrichenen Teile sollen ins Programm aufgenommen werden. Der Rest sollte ggf. in eine Absichtserklärung. --[Jan](#) 18:59, 3. Apr. 2010 (CEST)

Der Eintrag ist jetzt eingereicht. Wenn wirklich gute Gründe auftauchen, kann ich bis Fristablauf Teile gerne noch ändern und die Änderungen nachreichen. --[Jan](#) 02:38, 12. Apr. 2010 (CEST)

Leider versuchen immer wieder Menschen und Unternehmen, mit fragwürdigen Geschäftsmodellen auf Kosten anderer an Geld zu kommen. Durch Täuschung, Verschleierung, Einschüchterung und monopolartige Strukturen werden in vielen Bereichen Verbraucher benachteiligt. Während schwerwiegendere, aber abstrakte Probleme wie der schleichende Abbau von Grundrechten für Bürger oft keine unmittelbar spürbare konkrete Folgen haben, sind Bürger von den Versäumnissen der bisherigen Politik im Bereich des Verbraucherschutzes direkt und konkret betroffen.

Gegen einige dieser Dinge kann sich ein mündiger Verbraucher wehren, doch die Erfahrung zeigt, dass es zahlreiche Menschen gibt, die auf unseriöse Geschäftsmodelle hereinfallen. Hier ist in erster Linie Aufklärung nötig, ergänzend muss jedoch auch entschieden gegen solche Geschäfte am Rande der Illegalität vorgegangen werden. Von einem normalen Geschäft profitieren im Regelfall beide Seiten, bei unseriösen Geschäften wird der Kunde über den Tisch gezogen und schließt einen Vertrag, den er so bei Kenntnis aller Bedingungen niemals schließen würde. Geschäftsmodelle, die nur durch Täuschung funktionieren können, müssen sowohl straf- als auch zivilrechtlich eindeutiger verboten werden, da sich gezeigt hat, dass die derzeitigen Regelungen nicht ausreichen.

Beim Aufkeimen neuer unseriöser Geschäftsmodelle müssen Gesetze zügig angepasst werden. Gesetzesverstöße in großem Umfang müssen umgehend verfolgt werden.

Andere Benachteiligungen können selbst mündige Verbraucher nicht vermeiden, da alle auf dem Markt verfügbaren Anbieter ähnliche, unfaire Bedingungen haben. An diesen Stellen ist ein Marktversagen deutlich geworden, und wo der Markt versagt, muss der Staat regelnd eingreifen. Neben den Preisen in durch Oligopole beherrschten Feldern betrifft dies auch weit verbreitete kundenfeindliche Geschäftsbedingungen und Techniken.

Hier sind insbesondere nötig:

- eine Stärkung der Aufsichtsbehörden wie Kartellamt, Eisenbahn-Bundesamt und Bundesnetzagentur sowie der Verbraucherzentralen
- klare Kennzeichnungspflichten für Produkte, damit Verbraucher eine informierte Entscheidung treffen können

Begründung

Verbraucherschutz ist, wie bereits im Antrag selbst erwähnt, ein wichtiges Thema, welches Bürger sehr direkt betrifft und dadurch auch gut vermittelt werden kann. Gleichzeitig gibt es gerade in diesem Bereich große Defizite in der bisherigen Politik.

Gerade im Bereich des Verbraucherschutzes finden sich viele Möglichkeiten, Bürgern den Alltag konkret besser zu gestalten, ohne dass dafür große Kosten oder Nachteile (außer für unseriöse "Geschäftsleute") entstehen würden.

Betrug ist zwar bereits verboten, da aber die ganzen Abfallentstelter und ihre Geldeintreiberanwälte nicht hinter Gittern sitzen **und teilweise sogar schon freigesprochen wurden**, sind offensichtlich die Gesetze unzureichend (und auch an der Durchsetzung muss gearbeitet werden).

Es reicht nicht, den Verbrauchern bessere Mittel zu geben. Wird man beispielsweise durch betrügerische Sparvorwahlen um ein, zwei Euro erleichtert, lohnt es sich nicht, da hinterherzurrennen und die Zeit zu investieren. Es ist Aufgabe des Staates, sowas zu verhindern.